

Kommunalpolitische Plattform für den Märkischen Kreis

Politik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger
Neue Perspektiven für den Märkischen Kreis.

DIE LINKE.

M ä r k i s c h e r K r e i s



Kommunalpolitische Plattform der Partei für den Märkischen Kreis

Politik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Neue Perspektiven für den Märkischen Kreis.

Nichts blockiert den Fortschritt von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit, Umweltschutz und Frieden mehr als das kapitalistische System selbst. Für DIE LINKE. ist es gegenwärtig das vordringlichste Ziel, die Vorherrschaft des Neoliberalismus in Wirtschaft und Politik zu beenden und einen politischen Kurswechsel einzuleiten.

Kurswechsel heißt für uns: Die Politik muss primär die Interessen der Menschen in unserem Land statt die der Wirtschaftskonzerne vertreten. Ein System, das die Profitinteressen einer kleinen Minderheit über alles stellt, muss Ungerechtigkeit, Umweltzerstörung und Krieg hervorbringen. Die Folgen des kapitalistischen Raubbaus sind katastrophal. Sie gefährden das Überleben des Menschen und die natürlichen Lebensgrundlagen.

Die linke Alternative ist der demokratische Sozialismus.

Wir verstehen darunter: Eine Gesellschaft, welche die Ausbeutung von Mensch und Natur überwindet, indem sie den Einsatz der natürlichen Ressourcen sowie die Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums rational, sozial gerecht, nachhaltig und demokratisch regelt. Nur so kann die freie Entfaltung jeder und jedes Einzelnen zur Bedingung der freien Entfaltung aller werden.

DIE LINKE. ...

- **steht für soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Demokratie, Freiheit, Völkerverständigung, Umweltschutz, Abrüstung und Frieden ...**
- ist die Partei für alle Bürgerinnen und Bürger, Beschäftigte, Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner, Auszubildende, Studierende, Gewerbetreibende, Frauen und Männer, Kinder, Jugendliche und Migranten, die diese Ziele verfolgen.
- will die Menschen ermutigen, sich wieder aktiv in die Politik einzumischen und selbstbewusst für ihre ureigenen Belange zu streiten. Ein Mehr an demokratischer Beteiligung der Bürger.
- beugt sich nicht den Wünschen profitorientierter Wirtschaftsinteressen. Sie baut auf die Kraft der demokratischen Mehrheit und steht für eine glaubwürdige Politik.
- hat das vordringlichste Ziel, die Vorherrschaft des Neoliberalismus in Wirtschaft und Politik zu beenden und einen politischen Kurswechsel in Richtung demokratischer Sozialismus einzuleiten.
- ist entschieden **gegen jede Privatisierung öffentlicher Daseinsfürsorge**, gegen die Einschränkung öffentlicher Dienstleistungen und der damit verbundenen Stellenvernichtung.
- macht sich stark für den Ausbau sozialer Einrichtungen.
- steht für eine ökologische Ausrichtung aller kommunaler Aktivitäten.
- **Kommunalpolitik ist untrennbar mit der globalen Entwicklung verbunden.** Deswegen muss sich die kommunalpolitische Plattform auch Themen übergreifend kritisch mit landes- und bundespolitische Vorgaben auseinandersetzen.

Inhalt	Seite
DIE LINKE. Recht auf Arbeit, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit	
Arbeit in Würde	03
Für tarifgebundene, sozial- und arbeitsrechtliche Standards	04
DIE LINKE. Für eine Sozialpolitik, die die Menschen schützt	
Sozialabbau in Familien und Kinderarmut bekämpfen	05
Kinder und Jugend	05
Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen	06
Würdiges Leben im Alter	07
Menschen mit Behinderungen wirksam unterstützen	08
Drogenpolitik	09
Für die Gleichberechtigung von Lebensweisen	09
Eine zukunftsfähige Migrations- und Integrationspolitik	09
Rechtsextremismus	11
DIE LINKE. Gleiche Bildungschancen für alle in jedem Lebensalter	
Bildung fängt schon vor der Schule an	12
Berufliche Bildung, Qualifizierung, Fortbildung und Qualifizierung	13
DIE LINKE. Öffentliche Daseinsvorsorge sichern und ausbauen	
Keine Privatisierung öffentlichem E... – Kapital ...	14
Gesundheit darf keine Ware sein	15
Energie bezahlbar für alle	15
Bezahlbarer Wohnraum für alle	16
Keine Privatisierung der Deutschen Bahn	16
Änderung der Ladenöffnungszeiten	17
DIE LINKE. Für die Förderung von Kultur, Kunst, Medien und Sport.	
Aushängeschild für lebendige Kommunen	17
Förderung des Breiten-Sports	18
Medienvielfalt und freien, demokratischen Zugang.	19
DIE LINKE. Sozialer und ökologischer Umbau statt Kapitaldominanz	
Umverteilung von oben nach unten	19
Für eine soziale und ökologische Industriepolitik	20
DIE LINKE. Klima und Umwelt schützen, Verkehr sozial gestalten	
Für den ökologischen Umbau der Energieversorgung	20
Für eine soziale und ökologische Verkehrspolitik	21
Für ökologischen Landbau und gegen Gentechnik	22
Wald- und Forstwirtschaft als Ressourcenschutz	23
Tierschutz	23
DIE LINKE. Steht für den Ausbau demokratischer Beteiligung	
Politik mit den Menschen – Aktive Demokratie verwirklichen	24
Volksbegehren und Volksentscheid	25
DIE LINKE. ist eine konsequente Friedenspartei.	
Für eine konsequente Friedenspolitik	25
DIE LINKE. Finanzierung sicherstellen	
Umfassende gesellschaftliche Umgestaltung	26

DIE LINKE.

Recht auf Arbeit, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit

Arbeit in Würde

Armutslöhne, Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, fehlende Ausbildungsplätze und ein Schulsystem, das soziale Auslese betreibt, gehören zur bitteren Realität inmitten des Reichtums. Die Kinderarmut steigt dramatisch. Diese Zustände sind menschlich und gesellschaftlich unerträglich.

Die Arbeitsmarktreformen der Rot/Grünen Regierung haben die Vernichtung zigtausender sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze begünstigt. Stammpersonal wurde durch geringfügig entlohnte und befristet Beschäftigte ersetzt und damit die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme gefährdet.

Viele Betroffene sind arm trotz Arbeit. In Markischen Kreis arbeitet heute etwa jeder siebte Beschäftigte im Niedriglohnbereich. Das soll und darf nicht so bleiben.

Jugendlichen ohne Ausbildung und ohne Aussicht auf eine qualifizierte, tariflich ausreichend bezahlte Arbeit droht lebenslange Armut.

Während vor Einführung von Hartz IV ca. 1,18 Mio. Menschen in NRW Arbeitslosen- und Sozialhilfe bezogen, waren Ende 2005 bereits ca. 1,63 Mio. Menschen im Hartz IV-Bezug. Parallel dazu steigt die Altersarmut. Der starre Eckregelsatz verhindert eine Berücksichtigung von Sonderleistungen in besonderen Lebenssituationen wie sich jährlich bei Einschulungen, zu Weihnachten, zu Ostern und bei anderer Gelegenheit, z.B. der Freizeitgestaltung zeigt. Die regierenden Rathausparteien tragen diese skandalöse Politik mit. Die Hartz-Gesetze gehören abgeschafft. Eine repressionsfreie, soziale und bedarfsorientierte Grundsicherung, die ihren Namen verdient, muss her. Wir brauchen ein Sofortprogramm gegen Armut.

DIE LINKE. fordert ...

- **Hartz IV muss weg!** Sowie als erste Sofortmaßnahme eine deutliche Anhebung der Hartz IV-Regelsätze mindestens auf das Niveau, das Erwerbslosenbewegung und Sozialverbände inzwischen fordern.
- einen dauerhaft finanzierten öffentlichen Beschäftigungssektor bei tarifgerechter Entlohnung schaffen und damit die 1-Euro-Jobs überflüssig machen. Der Einsatz von 1-Euro-Jobbern führt nicht zur Entstehung neuer Arbeitsplätze, er hat im Gegenteil massenhaft zum Abbau regulärer Arbeitsplätze geführt.
- Lehrstellen und zusätzliche Arbeitsplätze für Jugendliche schaffen.
- sofortige Beendigung von Zwangsumzügen durch Orientierung der Mietpreise an ortsüblichen Mieten. Die örtlichen ARGEN zwingen Bedarf Familien und Hartz IV-Betroffene zur Aufgabe ihrer Wohnungen, indem unverhältnismäßig niedrige Mietpreise zugrunde gelegt werden.
- Übernahme der Umzugskosten und Kautionen bei Umzugszwang. Keine Abschiebung von finanzschwachen Familien in neue Armenviertel.
- Freie Wohnungswahl für erwerbslose Jugendliche.
- Die Abschaffung von Sanktionen und Bespitzelungen von Erwerbslosen durch "Sozial-Detektive. Die örtlichen ARGEN zwingen Hartz IV-Betroffene in 1 Euro-Jobs bzw. Arbeit im Niedriglohnbereich durch Androhung von Sanktionen.
- Die Kürzungen beim Arbeitslosengeld und der Bezugsdauer sind rückgängig zu machen. In einem ersten Schritt sollte sofort die Bezugsdauer des ALG I - nicht nur für ältere und behinderte Erwerbslose - deutlich verlängert werden.

Für tarifgebundene, sozial- und arbeitsrechtliche Standards

Die Reduzierung der Arbeitslosigkeit benötigt Investitionen in die Zukunft, den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und öffentlich geförderte Beschäftigung, sowie Förderprogramme für Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit.

Wir brauchen eine Erhöhung der Löhne und Einkommen für eine Stärkung der Binnenkaufkraft. Notwendig sind deutliche Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich. Die Menschen in diesem Land leisten gute Arbeit. Diese Arbeit muss gut bezahlt und abgesichert sein. Deshalb müssen prekäre Arbeitsverhältnisse zurückgedrängt werden.

Die Unterstützung parlamentarischer und außerparlamentarischer Initiativen, die Löhne und Einkommen verbessern, ist nicht nur sozial gerecht, sie ist auch wirtschaftspolitisch dringend notwendig. Wir unterstützen gewerkschaftliche Kampagnen in dem Kampf um reguläre Arbeitsplätze. Dazu gehört auch eine Bezahlung, die ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

DIE LINKE. tritt ein ...

- für die Abschaffung des Kombilohnmodells. Kombilöhne sind Subventionen zur Lohndrückerei. Statt Kombilohn-Modelle wollen wir öffentlich geförderte Beschäftigung als Teil des Zukunftsprogramms.
- gegen einen "Beschäftigungsausbau", der nur prekäre Beschäftigung bzw. Niedriglohn-Jobs zur Folge hat (Beispiel Lidl etc.). Wer Vollzeit arbeitet, der muss auch von seiner Arbeit menschenwürdig leben können. Personal-Service-Agenturen im Öffentlichen Dienst, wie sie von der Landesregierung und von Kommunen zu Zwecken des Lohndumpings entwickelt werden, lehnen wir ab.
- für eine öffentlich geförderte Beschäftigung, um gerade Langzeitarbeitslosen eine Chance auf eine sinnvolle, tariflich gesicherte und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu geben.
- für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von mindestens acht Euro plus, um Lohndumping und Armutslohn sowie staatliche Lohnsubventionen zu verhindern. Wer arbeitet, soll so viel verdienen, dass er nicht auf Unterstützung vom Staat angewiesen ist.
- für eine Senkung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit. Sie unterstützt alle betrieblichen und gewerkschaftlichen Initiativen in Richtung Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.
- für die Abschaffung der Leiharbeit. Arbeitnehmer sind keine Mietsklaven. Leiharbeit widerspricht dem Prinzip 'Gleicher Lohn für gleiche Arbeit' und vernichtet reguläre Beschäftigungsverhältnisse.
- gegen eine Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen.
- für eine Vergabe von öffentlichen Aufträgen nur an tarifgebundene Unternehmen, in denen Arbeitnehmern Tariflöhne gezahlt werden (Tariftreuegesetz) sowie für das Engagement bei der Ausbildung und der Einhaltung sozialer und ökologischer Standards. (ILO-Arbeitsnormen).
- für die Neuregelung der bisherigen Subventionspraxis. Subventionen müssen mit konkreten struktur- und beschäftigungspolitischen Auflagen verbunden werden.
- für die Einrichtung eines ständigen demokratisch legitimierten Forums im Märkischen Kreis zur Verknüpfung von Wirtschafts-, Struktur- und nachhaltiger Beschäftigungsförderung.
- für den Erhalt und Ausbau unabhängiger Arbeitslosenzentren- und Beratungsstellen.

DIE LINKE.

Für eine Sozialpolitik, die Menschen schützt

Sozialabbau in Familien und Kinderarmut bekämpfen

Immer mehr Menschen, darunter vor allem Kinder und Jugendliche, Familien und Alleinerziehende, leben in materieller Not und zunehmender sozialer Isolation. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Mobilität sind für sie inzwischen zu Fremdwörtern geworden.

Auf der anderen Seite liegen zwei Drittel aller Vermögen in NRW in der Hand von 20% der Haushalte, von denen wiederum 5% fast 30% des Gesamtvermögens kontrollieren.

Großkonzerne und Familiendynastien häufen unvorstellbaren Reichtum an und demonstrieren ihre karitative Fürsorge öffentlich über Stiftungen, mit deren Hilfe sie Steuern sparen. Sie übernehmen damit sozusagen „privatisiert“ soziale Aufgaben, für welche die öffentliche Hand angeblich kein Geld mehr hat.

Dabei liegen die Ursachen für knappe Kassen in der Senkung der Unternehmens-, Gewerbe- und Erbschaftssteuer sowie des Spitzensteuersatzes. Allein die Senkung des Spitzensteuersatzes unter Rot/Grün von 53% auf 42% verringert das Steuereinkommen in NRW um mindestens 340 Millionen Euro jährlich. Das Landesamt für Datenverarbeitung weist für das Jahr 2001 allein in NRW 2.082 Einkommensmillionäre aus. Damit dient diese Politik einseitig den Interessen der Konzerne, der Unternehmen und den ohnehin Reichen, nicht aber der Mehrheit der Bevölkerung.

Die Politik der sozialen Spaltung zu bekämpfen, die wachsende Armut und den angehäuften Reichtum profiliert, ist unser zentrales Anliegen!

DIE LINKE. fordert ...

- die Einführung eines Sozialtickets für den öffentlichen und schienenengebundenen Personennahverkehr (ÖPNV/SPNV) geltend für Menschen und Familien mit einem Einkommen, das unter der Pfändungsgrenze liegt. (Hartz IV Regelsatz 13,72 Euro).
- einen Sozialpass, um Menschen mit geringem Einkommen die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Der Sozialpass schließt den kostenlosen Zugang zu Krippen- und Kindergartenplätzen, Schulspeisung, den kostenfreien Zugang zu Sport-, Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie die Unterstützung bei der Finanzierung von Gesundheitsleistungen ein.
- den Ausbau von Beratungs- und Hilfsangeboten der Sozial- und Jugendämtern.
- das Angebot der Volkshochschulen und der Familienbildungsstätten bedarfsgerecht auszubauen. Die Elternbildung ist ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung der Kindererziehung.
- Einrichtungen und Produkte der Daseinsvorsorge auf qualitativ hohem Niveau. Sie müssen preisgünstig für alle Bürgerinnen und Bürger gesichert werden. Das ist nur möglich, wenn die Daseinsvorsorge der Profitmaximierung entzogen ist.

Kinder und Jugend

Vor dem Hintergrund der stark konsumorientierten Gesellschaft führen bei Arbeitslosigkeit, Einkommens- und Statusschwäche der Eltern bei den Kindern und Jugendlichen oft zur Perspektiv- und Motivationslosigkeit. Den Jugendlichen ist früh klar, dass für sie ebenfalls Arbeitslosigkeit droht und dass der Lohn für jede angestrebte Arbeit geringer sein wird, als er sein müsste. Das Erkennen der eigenen Ausweglosigkeit führt zu einem aggressiven Verhalten in der eigenen Familie und in seinem Umfeld.

Über die soziale Lage entscheidet an erster Stelle der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt. Dieses ist in den meisten Fällen bei Jugendlichen ausschlaggebend für den Grad der Gesundheit, Bildung, Teilhabe auf allen Ebenen, Integration, Motivation u. v. m.

Die kommunale Sparpolitik verhindert weitgehend die Kommunikation, Integration und Kontakte zwischen Kindern und Jugendlichen durch die Schließung bestehender Kinder- und Jugendfreizeitstätten. Allerorten werden Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gekürzt mit der Folge mangelnder Chancengleichheit.

Kinder und Jugendliche haben die gleichen grundrechtlich fundierten Ansprüche auf Gleichstellung und Teilhabe wie Erwachsene. Sie können selbst am besten artikulieren, was ihre Bedürfnisse und Wünsche sind. Dennoch entscheidet die Politik vor Ort an ihnen vorbei. DIE LINKE nimmt die Belange und Interessen junger Menschen Ernst und setzt sich für sie ein. Sie will ein deutliches Signal setzen und fordert mehr Mitspracherechte, insbesondere bei jugendpolitischen Fragen.

DIE LINKE. fordert ...

- qualitativ hochwertige und bildende Freizeit mit kostenfreien Sportangeboten. Wer Integration (nicht nur für Jugendliche mit Migrationshintergrund) will, der muss mehr und besser ausbilden.
- Aufklärung über Jugendkriminalität. Die Sorgen und Erfahrungen der Jugendlichen müssen in Schulen und Freizeiteinrichtungen thematisiert werden.
- Anti-Gewalterziehung für Familien und Jugendliche in und außerhalb der schulischen Institutionen. Eltern und Jugendliche brauchen Aufklärung und Alternativen gegen Gewalt.
- Ausbau der Kinder- und Jugendhilfe. Schaffung und Erhalt von Jugendzentren mit Fachpersonal.
- der Ausbau gebührenfreier Tageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren.
- die Schaffung von Nutzungsmöglichkeiten für Sportplätze, -hallen und Schwimmbäder unabhängig einer Vereinszugehörigkeit.
- schulische Voraussetzungen für eine gezielte Förderung des Schwimmunterrichts, denn jedes dritte Kind kann nicht schwimmen.
- die flächendeckende Einführung von kostenlose Ferienspielaktionen („Stadtranderholung“) und kostengünstigen Kinderferienfreizeiten.
- eine Erfolg versprechende Gewaltprävention. Das erfordert Programme im gesamten Kinder- und Jugendbereich zur gewaltfreien Konfliktlösung und Kommunikation.
- finanzielle, personelle und logistische Förderung von Jugendveranstaltungen.
- Integration durch Erziehung in der deutschen Sprache. Wer das will, muss Eltern Deutschunterricht bezahlen, Elternhilfe und Beratung gewähren
- einen Kinder- und Jugendrat in jeder Gemeinde/Stadt mit qualifizierten Rechten in der kommunalen Vertretungskörperschaft
- die Beteiligung an allen kinder- und jugendrelevanten kommunalen Entscheidungen (z.B. Neu- und Ausbau von Spiel- und Sportflächen, Aufstellung Kinder- und Jugendförderpläne, Bebauungsplanverfahren, finanzielle Unterstützung der Jugendbezirksvertretungen)
- die Senkung des Wahlalters bei Bürgerbegehren/-entscheide und bei den Kommunalwahlen auf 14 Jahre

Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen

Obwohl die Gleichberechtigung der Geschlechter verfassungsrechtlich garantiert ist, wurde die ungleiche Verteilung von Lebenschancen nicht aufgehoben. Frauen sind von der Politik des Neoliberalismus und des Sozialkahlchlags besonders hart betroffen. Dies gilt speziell für allein erziehende Mütter.

Arbeitsplatzvernichtung sowie Abbau regulärer Beschäftigung zwingen nicht nur Männer, sondern besonders viele Frauen in ungeschützte, niedrig entlohnte und flexible Arbeitsverhältnisse. Viele berufstätige Frauen haben kein Existenz sicherndes Einkommen.

Mit der »Bedarfsgemeinschaft« werden viele Frauen vom Verdienst ihrer Partner abhängig. Die Hilfen zum Wiedereinstieg ins Berufsleben sind völlig gestrichen.

Wenn Frauen sich für Kinder entscheiden, werden sie aus dem Berufsleben gedrängt. Hinzu kommt, dass es immer noch zu wenige Kinderbetreuungsplätze gibt und noch immer kein Anspruch auf Vollzeitbetreuung besteht.

DIE LINKE. fordert ...

- gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Die strukturelle Diskriminierung des weiblichen Geschlechts muss aufgehoben werden.
- einen Bedarf deckenden Ausbau von Ganztageeinrichtungen zur kostenlosen Kinderbetreuung, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verwirklichen.
- die Abschaffung der "Bedarfsgemeinschaft" im Sozialgesetzbuch, weil die Abhängigkeit der Frauen verschärft wird.
- alle Regelungen im Sozial- und Steuerrecht zu beseitigen, die ausschließlich die traditionelle Ehe begünstigen.
- die Wiedereinführung von Umschulungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) für Frauen, die von Hartz IV betroffen sind.
- flächendeckend Beratungsstellen und Beratungstelefone für Mädchen und Frauen und ausreichende therapeutische Angebote für Gewaltopfer.
- den Erhalt der Frauenhäuser. Nicht nur Frauen sondern auch ihre Kinder sind im öffentlichen wie im privaten Bereich vielfältigen Formen von Gewalt ausgesetzt. Wir fordern daher, umgehend Mittel in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen.

Würdiges Leben im Alter

Immer mehr ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger geraten in Armut und werden zu Almosenempfängern. Die Regierungen Schröder und Merkel haben eine ganze Serie von Nullrunden bei den Renten zu verantworten. Mit ``Reformen``, wie dem Nachhaltigkeitsfaktor, der Rister-Rente, oder der Rente mit 67, sinken die Einkommen weiterhin drastisch.

Gleichzeitig, neben dem Anstieg der Lebenshaltungskosten, kam es zu zahlreichen Zuzahlungen bei Medikamenten, Hilfsmitteln und Pflegeleistungen, die gerade ältere Menschen hart treffen. Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung müssen zusätzlich getragen werden.

Durch die Existenz privater Krankenversicherungen kommt es zu einer Selektion zum Nachteil von alten, kranken und behinderten Menschen, mit dem Ergebnis, dass die gesetzlichen Krankenkassen die Beiträge erhöhen und ihre Leistungen reduzieren.

Nach wie vor wollen ältere Menschen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben, werden aber oft gegen ihren Willen in ein Heim abgeschoben.

Senioren und Seniorinnen dürfen nicht als Kostenfaktor in der Gesellschaft betrachtet werden, sondern sind eine unverzichtbare Quelle von Erfahrungen und Wissen. Der Ausgrenzung der Senioren aus der Gesellschaft ist entgegenzuwirken, ihre Würde ist zu wahren, ihre optimale Versorgung ist zu sichern.

In Zukunft werden sie wegen des demografischen Wandels eine noch wichtigere Rolle in der Gesellschaft einnehmen, weshalb ihnen stärkere Selbst- und Mitbestimmungsrechte zukommen müssen.

Wir fordern ...

- eine solidarische und sichere Rente. Die gesetzliche Rentenversicherung muss wieder tragende Säule im System der Alterssicherung werden.
- wirksame öffentliche Kontrolle in Heimen und häuslicher Pflege auf Grundlage eines Landesgesetzes zur Qualitätssicherung in der Altenpflege mit verbindlichen Standards.
- deutlich personelle Verbesserungen in Pflegeeinrichtungen. Im Pflegedienst dürfen nur Fachpersonal und sozial engagierte Menschen eingesetzt werden. Pflege darf nicht von unqualifizierten 1-€-Kräften - von Zwangsarbeitern - durchgeführt werden.
- dass ältere und behinderte Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld bleiben können. Wir setzen uns dafür ein, dass die häusliche Versorgung und Pflege nachhaltigverbessert wird. In Heimen wie in der häuslichen Pflege ist deshalb entsprechendes Fachpersonal zu beschäftigen.
- einen bedarfsgerechten Ausbau an sozialen Wohnformen, die ein gemeinsames, altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglicht.
- die Förderung von Wohnprojekten, in denen Alt und Jung zusammenwohnen.
- Den Erhalt bestehender und die Einrichtung zukünftiger ortsnaher Pflegeberatungsstellen in unabhängiger Trägerschaft zur Informationen für ältere Menschen über die ihnen zustehenden Leistungen und Hilfen. Es darf nicht sein, dass Menschen aus Unkenntnis nicht die Hilfe und Unterstützung erhalten, die ihnen rechtlich zusteht.
- mehr Zeit in der Pflege für den pflegebedürftigen Menschen.
- Demenz erkrankte Menschen sind mit in der Pflegebedürftigkeit begrifflich zu integrieren.
- die notwendige Verzahnung von ambulanter, stationärer und rehabilitativer Versorgung in der Pflegeversicherung und vor Ort.

Menschen mit Behinderungen wirksam unterstützen

Eine Gesellschaft, die sich demokratisch und sozial nennt, muss sich daran messen lassen, wie sie mit den schwächsten ihrer Mitglieder umgeht.

Die Interessen von behinderten Menschen und chronisch Kranken werden vernachlässigt. Dies zeigen z.B. die nach wie vor häufig fehlende Barrierefreiheit oder das völlig unzureichende Angebot an integrativen Kindertagesstätten und Schulen.

Behinderung und Krankheit dürfen nicht zu Ausgrenzung und sozialer Benachteiligung führen.

Die Zerschlagung der elf Versorgungsämter in NRW geht zulasten der Kommunen! Dem Rotstift der Landesregierung zum Opfer gefallen sind auch Mittel für die Drogen- und Suchthilfe, niederschwellige Beratungsangebote, Kontaktcafés, Ambulanzen und psychotherapeutische Beratungsangebote. Sie mussten teils schon geschlossen bzw. zurückgenommen werden.

DIE LINKE. setzt sich besonders ein für ...

- dass sich Menschen mit Behinderungen ohne Einschränkung ihrer Mobilität in der Stadt bewegen können. Das besondere Augenmerk gilt dabei der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln. Hier sollen Menschen, die aufgrund von Behinderungen von der Nutzung ausgeschlossen sind, alternative Leistungen und spezielle Vergünstigungen erhalten.
- den Ausbau von Bürgerhäusern, Jugendzentren und Altenbegegnungsstätten.
- die Ausweitung von öffentlich-sozialem Wohnungsbau durch das Land und die Kommunen. Dabei sind besonders die Bedürfnisse von kinderreichen Familien, behinderten und/oder alten Menschen zu berücksichtigen.
- Barrierefreiheit für behinderte Menschen, integrative Kindertageseinrichtungen und Schulen.

- eine Neugestaltung des Übergangs zwischen den beiden Hilfesystemen SGB II (Hartz IV) und SGB XII (Sozialhilfe) dergestalt ein, dass die Existenzgrundlage kranker und behinderter Menschen zu keinem Zeitpunkt gefährdet ist.
- die Schaffung eines modernen, patientengerechten Rechtsschutz- und Behandlungsgesetzes für psychisch kranke Menschen.
- ständige Fortbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten der kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um bestmögliche Hilfestellung zu gewährleisten.
- die Organisation von Informationskampagnen, die ein wahrheitsgetreues Bild von Menschen mit Behinderungen vermitteln.

Drogenpolitik

Die Unterscheidung zwischen legalen und illegalen Drogen ist zufällig und willkürlich. Die Erfahrungen zeigen, dass staatliche Verbote die Menschen nur selten vom Drogenkonsum abhalten. Um die Kriminalisierung der Drogenabhängigen zu stoppen, treten wir für eine Liberalisierung des Betäubungsmittelrechts ein.

Unser Ziel ist eine Perspektive für den Ausstieg aus der Abhängigkeit.

DIE LINKE. fordert ...

- mehr Finanzmittel und bessere personelle Besetzung für psychosoziale Beratungs- und Betreuungsstellen und eine bessere finanzielle Förderung von Selbsthilfegruppen im Bereich der Suchtkrankenhilfe.
- Suchtprävention auch im Bereich der »legalen« Drogen wie Alkohol und Medikamenten sowie Bildungsprojekte zu der Thematik für Eltern, Jugendliche und alle Interessierten.
- Erhalt und Ausbau der Methadonstellen und „Spritzenräume“ um eine bessere medizinische Versorgung von Drogenabhängigen zu gewährleisten.

Für die Gleichberechtigung von Lebensweisen

DIE LINKE. wendet sich gegen jede Form der Diskriminierung, sei es am Arbeitsplatz, in öffentlichen oder privaten Institutionen oder anderen Bereichen. Sie tritt dafür ein, dass keine Lebensweise gegenüber einer anderen bevorzugt oder benachteiligt wird.

DIE LINKE. tritt für die uneingeschränkte Gleichberechtigung der Lebensweisen von Schwulen, Lesben, Transgender, Inter-, Bi- und Heterosexuellen ein. In schulischer und außerschulischer Bildung sollen diese Lebensentwürfe als gleichberechtigt dargestellt werden.

Ziel ist die selbstbestimmte Findung der eigenen Sexualität und des eigenen Lebensentwurfs.

DIE LINKE. unterstützt ...

- die emanzipatorische und aufklärende Kulturarbeit, die die gesellschaftliche Akzeptanz alternativer Lebensweisen fördert.
- die volle rechtliche Anerkennung neuer Beziehungsformen.

Eine zukunftsfähige Migrations- und Integrationspolitik

Wer politisch nicht die gleichen Rechte hat, der steht außerhalb der staatlichen Gemeinschaft. Migranten führen ihr Leben in einem rechtlosen Raum. Ihre Situation wird häufig skrupellos ausgenutzt. Sie arbeiten für Hungerlöhne ohne jede soziale Absicherung und sind von jeder Partizipation ausgeschlossen.

Durch Hartz IV ist der Anschluss an den Arbeitsmarkt und die Familienzusammenführung fast unmöglich geworden. Aufgrund des ALG II erhalten viele kein dauerhaftes Bleiberecht mehr. Zudem wird die Einbürgerung erschwert und im Extremfall droht die Nichtverlängerung der

Aufenthaltserlaubnis! So leben ca. 60.000 „Geduldete“ in NRW, die zum Teil seit über zehn Jahren in einer zermürbenden und krank machenden Warteschleife immer von Abschiebung bedroht sind. Damit muss endlich Schluss sein.

Ein Ziel linker Politik muss das Wahlrecht für alle Menschen sein, die ihren Lebensmittelpunkt hier haben. Ihre Teilhabe an der politischen Willensbildung ist durch ein aktives und passives Wahlrecht zu gewährleisten, weshalb wir für die notwendige Änderung des Grundgesetzes eintreten.

Solange es Kriege und soziale Ungleichheit gibt, wird es Flucht geben. Es ist daher falsch, mit einer repressiven Asylpolitik gegen die Flüchtlinge und nicht gegen die Ursachen der Flucht zu kämpfen. Das Asylrecht ist Teil der Menschenrechte und Ausdruck unserer politischen, humanitären und geschichtlichen Verantwortung. Den restriktiven Abbau der Asylrechte nehmen wir nicht länger hin.

DIE LINKE. setzt sich ein für ...

- einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung nach dreijährigem Aufenthalt und ein absolutes Absehen von Ausweisung nach fünfjährigem Aufenthalt.
- die Möglichkeit der Ausübung jeder Erwerbstätigkeit für alle Menschen mit Aufenthaltserlaubnis und Flüchtlingen im Asylverfahren.
- einen Anspruch auf humanitären Aufenthalt, wenn Gerichtsverfahren nach 18-monatiger Dauer nicht abgeschlossen sind.
- die Abschaffung der Duldungsregelung und ebenso der Residenzpflicht. Allen Betroffenen ist ein rechtsicherer und unbefristeter Aufenthaltsstatus einzuräumen; die Auflösung aller Sammelunterkünfte.
- ein uneingeschränktes Recht auf kostenlose Deutschkurse für alle hier lebenden Migranten, bei Bedarf mit Kinderbetreuung.
- die volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention. Schulpflicht und einen uneingeschränkten Zugang für Flüchtlingskinder zu Kindergarten, Aus- und Weiterbildung.
- den Schutz der Mädchen und Frauen, die von gesellschaftlicher Gewalt oder illegaler Prostitution bedroht sind.
- Einen eigenen Aufenthaltsstatus von „Heirats-Migrantinnen“ mit der Abkoppelung ihres Aufenthaltsrechts von dem der Männer.
- ein kommunales Wahlrecht für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt hier haben.
- die Streichung der Meldepflicht bei der medizinischen Grundversorgung von Menschen mit unregelmäßigem Aufenthalt (Krankenhäuser, Ärzte, Beratungsstellen).
- die Entkriminalisierung von Helfern (LehrerInnen, KindergärtnerInnen, Personal von Jugendämtern und Krankenhäusern), die im Bundesrecht verankert und in den Kommunen und ihren Einrichtungen (Schulen, Kindertagesstätten, Ämtern) gelebt werden soll.
- Legalisierungskampagnen, um Menschen aus der Illegalität zu holen. Wir fordern eine Politik, die alle in MK lebenden Menschen in ihrer Vielfalt gleich behandelt und dadurch den Zusammenhalt der Gesellschaft fördert.
- den Ausbau und Förderung von sozialen und kulturellen Projekten der Jugend- und Bildungsarbeit, um demokratisches und fortschrittliches Denken und Handeln zu unterstützen und Neofaschismus zu bekämpfen.
- die verstärkte Förderung interkultureller Kompetenz von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst. Die erste Generation der Migranten hat längst das Rentenalter erreicht. Immer mehr Migranten bedürfen der Unterstützung und Pflege durch öffentliche Einrichtungen.
- eine zukunftsfähige Migrations- und Integrationspolitik.

Rechtsextremismus

Faschismus und Neofaschismus ist keine Meinung – sondern ein Verbrechen.

In der Bundesrepublik wird mit der NPD eine Partei wirksam, die in der Tradition der NSDAP steht. Die Partei tritt ein für ein neues 'Deutsches Reich' und lehnt die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ab. Aussagen der Partei sind rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich.

Unter dem Deckmäntelchen angeblicher Bürgerbewegungen versuchen rechtsextreme und neofaschistische Organisationen flächendeckend in NRW in den Stadt- und Gemeinden mit rechtspopulistischer Propaganda Fuß zu fassen.

So genannte Autonome Nationalisten und Freie Kameradschaften versuchen, auf den Straßen den öffentlichen Raum zu erobern und finden dabei oft genug Unterstützung der Gerichte. Nahezu jedes Wochenende marschieren sie in einer Stadt in NRW auf und verbreiten ihre braune und fremdenfeindliche Propaganda. In NRW häufen sich die Übergriffe auf Antifaschisten, Migrantinnen und Migranten, auf Ältere und Behinderte, auf Homosexuelle, Anderslebende und Andersaussehende.

Sie nutzt den Parteienstatus aus, um Gelder von einem demokratischen Staat zu beziehen, den sie abschaffen wollen. Mit Steuergeldern von ausländischen und deutschen Mitbürgern werden nunmehr Aktivitäten gegen politisch Andersdenkende und Emigranten gefördert.

Dem tritt DIE LINKE entschieden entgegen! Wir wollen offene, tolerante, sichere und bunte Städte und Gemeinden. Wir setzen uns für den Dialog mit Migrantinnen und Migranten ein, um gegenseitige Ängste und Vorurteile abzubauen und ein solidarisches und friedliches Zusammenleben zu ermöglichen.

Auch die kommunale Verwaltung hat eine politische Verantwortung und soll daran arbeiten, eine lebenswerte Kommune für alle Menschen, jenseits ihrer Herkunft oder ihrer Lebensweise, zu schaffen. Die zuständigen Stellen bei Polizei und Verwaltung dürfen die zunehmende Präsenz der neofaschistischen Organisationen in unseren Städten nicht länger wegdiskutieren, sondern müssen gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern Gegenmaßnahmen entwickeln.

DIE LINKE. fordert ...

- Gerichte, Polizei und Verwaltung müssen alle rechtlichen Mittel nutzen, neofaschistische Aktivitäten zu unterbinden
- Stadträte, Gemeinderäte und Kreistage sollen sich auf Landesebene dafür einsetzen, dass neofaschistische Organisationen verboten werden
- einen Ratsbeschluss über einen kommunalen Aktionsplan gegen Rechts und rasche Umsetzung durch die Verwaltung (Änderung kann nur durch eine politische Initiative geschehen)
- die finanzielle Sicherung und den Ausbau vorhandener Projekte und Initiativen, wie Mobile Beratung und Beratung für Opfer rechtsextreme Gewalt
- Einrichtungen von Anlaufstellen für die Opfer rassistischer und neofaschistischer Gewalt mit Projekten, wie z.B. dem „antirassistischen Telefon“
- organisatorische und finanzielle Unterstützung von antifaschistischen und antirassistischen Initiativen und Projekten
- eine unabhängige Beobachtungsstelle von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, um die Beobachtung von NPD und Nazistrukturen nicht nur der eingeschränkten Wahrnehmung des Verfassungsschutzes zu überlassen
- die Verankerung der Themen Rechtsextremismus und Demokratiefeindschaft in der Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen, damit diese im schulischen Bereich sachkundiger über diese Themen informieren können

- die Förderung von Konzepten der Bildungsarbeit, die sich mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft befassen
- Verbesserung von Zeugenschutzprogrammen und die vermehrte Förderung von „Aussteigerprogrammen“
- die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die immer noch Namen von Nationalsozialisten tragen

DIE LINKE.

Gleiche Bildungschancen für alle in jedem Lebensalter

Bildung fängt schon vor der Schule an

Bildung ist ein Menschenrecht, das frei und allgemein zugänglich sein muss, unabhängig von der sozialen, ethnischen oder regionalen Herkunft. Doch das Gegenteil ist heute Realität. Nirgendwo sonst in Europa hängen die Bildungschancen so stark von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland. Schon heute ist Bildung, angefangen von den Privatuniversitäten über Eliteinternate bis zur boomenden Nachhilfeindustrie ein lukratives Geschäft.

Das Festhalten am überkommenen und sozial selektiven mehrgliedrigen Schulsystem, die weiteren Verschlechterungen der Betreuungssituation im Bereich frühkindlicher Bildung und Gebühren verschärfen diese Krise noch.

Eine sozialistische Bildungspolitik setzt hingegen auf individuelle Förderung statt Auslese.

Eltern müssen eine kinderfreundliche Politik vorfinden, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht, ohne dass den Kindern dadurch Nachteile in ihrem Bildungsverlauf entstehen. Der Besuch von Kindertagesstätten als erste außerfamiliäre Bildungsinstitution muss gebührenfrei sein und damit für alle Kinder zugänglich.

In Folge einer sich rasch ändernden Gesellschaft wird lebenslanges, begleitendes Lernen immer notwendiger.

Deshalb fordert DIE LINKE. ...

- Schluss mit der Vermarktung von Bildung. Bildungseinrichtungen dürfen nicht privatisiert werden. Gebührenfreier Zugang zu allen Bildungseinrichtungen für alle.
- öffentlich finanzierte und demokratisch kontrollierte Bildung. Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche, öffentliche Aufgabe.
- Abschaffung der Studiengebühren.
- flächendeckende Einführung von Gesamtschulen in Ganztagsform.
- eine Schule für alle. Gemeinsam lernen von der 1. bis zur 10. Klasse.
- fach- und sachgerechte Ausstattung mit kostenlosem, einheitlichem Lehrmaterial und eine bessere Ausstattung mit Fachlehrern.
- die Vermeidung eines Qualitätsgefälles der Schulen durch einheitliche Standards und Mittelvergabe - Verhinderung von "Ghetto-Schulen".
- kostenloses Schulesen für alle Kinder.
- Lehrmittelfreiheit für **alle** und Einschulungsbeihilfen für Kinder von ALG II Beziehern.
- qualifizierte Betreuung in den Ganztagsgrundschulen, ein Gemeinschaftsschulsystem, das niemanden zurücklässt und allen Kindern gleiche Chancen eröffnet.
- die Ausweitung der Schulsozialarbeit an allen Schulen und die Unterstützung der Kooperation von Schule und Trägern der Jugendhilfe vor Ort.
- einen Rechtsanspruch auf gebührenfreie Krabbelstuben-, Kita- und Kindergartenplätze ab dem ersten Lebensjahr und einen Ausbau altersgemischter Kleingruppenangebote.

- interkulturelle und antirassistische Ausbildungsinhalte.
- gleiche Bildungschancen für alle in jedem Lebensalter und in jeder Lebenssituation. Ein lebenslanges Lernen muss möglich gemacht werden.
- die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems bei ausreichender Ausstattung aller Schulen für die Ermöglichung notwendiger individueller Förderung.

Berufliche Bildung, Qualifizierung, Fortbildung und Qualifizierung

Statt mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, erfinden Landes- und Bundesregierung immer neue, nutzlosere Maßnahmen, die junge Menschen verschieben, statt sie auszubilden. Die wegen Studiengebühren und verschlechtertem Hochschulzugang sinkenden Studierendenzahlen sorgen dafür, dass zusätzliche Abiturienten auf den Ausbildungsmarkt drängen und dort die ohnehin prekäre Lage weiter verschärfen. Diese Entwicklung geht besonders zulasten junger Menschen mit Hauptschulabschluss oder mit Migrationshintergrund, die kaum noch Lehrstellen finden.

Alle Jugendlichen haben das Recht auf einen Ausbildungsplatz und berufliche Perspektive. Ohne ausreichend qualifizierte Arbeitnehmer ist eine innovative Weiterentwicklung in der märkischen Lebens- und Wirtschaftsregion nicht möglich. Investition in Qualifizierung ist ebenso erforderlich wie in Sachkapital. Die Abstinenz der deutschen Wirtschaft in der Qualifizierung ist selbstzerstörerisch.

Betriebe, öffentliche Arbeitgeber und die Kammern (z.B. IHK) nehmen für sich in Anspruch, im Dualen System die Verantwortlichen der betrieblichen Berufsausbildung zu sein. Doch das Angebot an Ausbildungsplätzen ist im Märkischen Kreis nach wie vor erheblich zulasten der Ausbildungsplatznachfrager verteilt. Die Agentur für Arbeit schreibt in ihrem „Kurzstrukturbericht“ von Januar 2007, dass sich die „Schere“ zu Ungunsten der Bewerber weiter geöffnet habe. Im MK gibt es deutliche regionale und sektorale Verwerfungen. Trotz Ausbildungspakt und aller Versprechen von Wirtschaft und Politik. Aktionen wie: „Zukunft-Aus- und Weiterbildung“ reichen nicht aus.

Deshalb fordert DIE LINKE. ...

- eine ausreichende und qualitative Berufsausbildung. Sie ist unabdingbar für die beschäftigungswirksame Entwicklung in der Region.
- verstärkt die Ausbildung in über- und außerbetrieblichen Ausbildungsstätten zu nutzen. So kann eine breitere Qualifikation erreicht und das Ausbildungsangebot ausgeweitet werden.
- Ausbildungsplätze für alle Schulabgänger.
- dass Investitionsaufträge öffentlicher Träger an Privatunternehmen an die Ausbildungs- und Qualifikationsbereitschaft der Unternehmen gebunden werden.
- dass öffentliche und private Arbeitgeber ausreichende qualitative Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Unsere Forderung lautet: Wer nicht ausbildet, obwohl er es kann, muss zahlen (Ausbildungsplatzabgabe).
- die Verbesserung der schulischen Ausbildungssituation an den sechs Berufskollegs im Märkischen Kreis.
- mehr nachhaltige betriebliche Qualifikation. Der Fachkräftemangel ist hausgemacht.
- dass Teile der Mittel für Wirtschafts- und Strukturförderung für die Qualifikationsförderung verwendet werden.
- dass die Zeit der Qualifizierung der Arbeitnehmer bezahlt und sie von der Arbeit freigestellt werden.
- eine Qualifikationsoffensive für Arbeitslose.
- Den Ausbau der Eingliederungsmittel der Arbeitsagentur für die aktive und beschäftigungswirksame Arbeitsförderung.

DIE LINKE.

Öffentliche Daseinsvorsorge sichern und ausbauen

Keine Privatisierung von öffentlichem Eigentum - Kapitalmachtstrukturen abbauen

Um die vorhandene Macht des Kapitals zu begrenzen, ist eine erhebliche Stärkung demokratischer Mitbestimmungsrechte in der Wirtschaft geeignet. Das entspricht Art. 26 der Landesverfassung NRW, der für ArbeitnehmerInnen eine „gleichberechtigte Mitbestimmung bei der Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung“ vorsieht.

Die Privatisierungspolitik richtet sich gegen die große Mehrheit der Bevölkerung. Für die Beschäftigten bedeutet das, den permanenten Abbau von Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechten sowie die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Wir sind **gegen jedwede Privatisierung öffentlicher Aufgaben**. Stattdessen fordern wir einen bürgernahen Ausbau öffentlicher Einrichtungen. Privatisierung **ist Diebstahl am Eigentum der Bürgerinnen und Bürger**. Ziel ist der sinnvolle Ausbau eines demokratisch strukturierten öffentlichen Sektors. Sozial-, Gesundheits-, Umwelt- und Versorgungsverwaltung müssen ausgebaut werden.

Eine neue Form der Privatisierung sind die PPP-Projekte (Public-Private-Partnership). Hierbei werden langfristige Verträge über den Bau und die Unterhaltung öffentlicher Einrichtungen mit Konzernunternehmen geschlossen. Die Inhalte der Verträge werden geheim gehalten, die parlamentarische Kontrolle wird ausgeschaltet. Wir wenden uns gegen solche Projekte und fordern die Auflösung solcher Koordinations- und Beratungsstellen.

Darum fordert DIE LINKE. ...

- den Erhalt aller kommunalen Betriebe. Privatisierung ist Diebstahl am Eigentum der Bürgerinnen und Bürger.
- Den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassen, ihre kommunale Einbindung und eine Stärkung ihrer Gemeinwohlorientierung.
- den Zugang zu einem kostenlosen Girokonto für jeden und jede im Sparkassengesetz gesetzlich zu garantieren.
- Outsourcing - Bereiche müssen rekommunalisiert werden, z.B. Objektreinigung oder die Müllentsorgung (Stichwort:)
- die Sicherung und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- Aktivitäten gegen die Kürzungspolitik – für eine bedarfsgerechte Sozialinfrastruktur.
- Stopp des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst – Ausbau öffentlicher Dienstleistungen.
- keine Beschäftigten zweiter Klasse bei der Einstellung von angelernten Hilfskräften im Schuldienst und im Bereitschaftsdienst der Polizei.
- keinen Ausverkauf öffentlicher Einrichtungen. Ausbau statt Einschränkung öffentlicher Dienstleistungen.
- Die Änderung der Gemeindeordnung dahingehend, dass Städte und Gemeinden nicht mehr zur Privatisierung kommunaler Dienstleistungen veranlasst werden können.
- die finanzielle Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, damit Kommunen Investitionen realisieren und Schulden abbauen können.
- keine Projekte in Public-Private-Partnership (PPP).

Gesundheit darf keine Ware sein

Die Krankenhausfinanzierung wurde bundesweit zulasten der Kommunen neu geregelt. Krankenhäuser mit breitem Leistungsangebot in kommunaler Trägerschaft dürfen nicht die Verlierer dieser Entscheidungen sein.

Die zunehmende Privatisierung der bisher kollektiv-solidarisch gestalteten und überwiegend paritätisch finanzierten Systeme sozialer Sicherung lehnen wir ab. Privatisierung heißt nicht besser und effizienter. Privatisierung wird dazu führen, dass Gesundheit noch mehr als heute eine Frage des Geldbeutels wird.

Wir lehnen auch die Umwandlung öffentlich-rechtlicher Einrichtungen in »gemeinnützige GmbHs« ab, weil dies nur der erste Schritt zur Privatisierung ist und die Möglichkeiten der Einflussnahme und Kontrolle durch demokratisch gewählte Volksvertreter beschneidet und verhindert.

Die Privatisierung von Gesundheitsrisiken, Rationalisierungen, für die Patientenversorgung bedrohliche Reduzierung von Personal und Leistungsabbau sowie die Einschränkung von Rechten der Versicherten und Patienten haben katastrophale Folgen für die Gesundheitsversorgung.

Die medizinische Versorgung der Bevölkerung ist eine Pflichtaufgabe und darf nicht privaten wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden. Eine Zweiklassenmedizin und privatisierte Krankenhausketten lehnen wir deshalb entschieden ab.

DIE LINKE. fordert ...

- keine Schließung von Krankenhäusern und Fachabteilungen in Krankenhäusern. Die flächendeckende, wohnortnahe und bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung ist zu erhalten und dient allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen und finanziellen Situation in der Versorgung.
- keine Mehrklassenmedizin – gleiche, aber gute Qualität der gesundheitlichen Versorgung für alle.
- die Gründung eines Landes-Gesundheits-Fonds für hilfsbedürftige Menschen zur Finanzierung von Brillen, Zahnersatz und medizinischen Hilfsmitteln sowie der Praxisgebühr und Medikamenten-Zuzahlungen.
- keine Privatisierungen und Ausgründungen bei den Märkischen Kliniken – vielmehr Rekommunalisierung ausgelagerter Bereiche.
- keinen Verkauf des Klinikums Lüdenscheid. Die Kommunen haben weiterhin ihre Verantwortung für die bedarfsgerechte, investive Ausstattung der Krankenhäuser wahrzunehmen. Die duale Krankenhausfinanzierung soll erhalten bleiben.
- die Einführung eines gesetzlich garantierten Gütesiegels für Pflege-Einrichtungen aller Art.
- Gewerkschaften mit Sitz und Stimme im Aufsichtsrat des Klinikums Lüdenscheid. Das Gleiche gilt für das Aufsichtsgremium des Unternehmensverbundes „Märkische Kliniken GmbH & Co KG“.
- verbesserte fachgerechte personelle Ausstattung in Krankenhäusern und der Altenpflege mit tarifgebundenen Arbeitsstellen (keine 1-Euro-Jobs).
- die Sicherung einer flächendeckenden kassenärztlichen Versorgung.

Energie bezahlbar für alle

Die Versorgung mit Wasser und Energie sowie die Entsorgung sind gesellschaftliche Aufgaben, die in öffentlicher Verantwortung bleiben müssen.

Bisher mussten sich die Stromerzeuger die Erhöhung ihrer Grundpreise von den Wirtschaftsministerien der Bundesländer genehmigen lassen. Diese Bundesverordnung

Elektrizität hat nach zehn Jahren »Liberalisierung« im Strommarkt keinen Bestand mehr. Dies löste eine Welle von Erhöhungen der Strompreise aus.

Preisaufsicht über die Strom-, Wasser- und Gas tarife werden nach und nach der Aufsicht der öffentlichen Hand entzogen. Daher müssen die Energieversorger ihre Preise transparent und detailliert offen legen und etwaige Preiserhöhungen müssen begründbar und genehmigungspflichtig sein.

DIE LINKE. fordert ...

- die Rückführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum.
- stabile und niedrigere Preise für Gas und Strom.
- Einen Sozialtarif für Haushalte mit geringen Einkommen.

Bezahlbarer Wohnraum für alle

Wohnen ist elementar für ein menschenwürdiges Leben. Doch besonders in Ballungsräumen ist bezahlbarer Wohnraum schwer zu finden. Eine aktive Wohnungspolitik der öffentlichen Hand ist deshalb unverzichtbar.

Leerstand in den Kommunen steht Wohnungsnot gegenüber, denn die teilweise überhöhten Mieten können von Normalverdienenden nicht getragen werden. Hinzu kommen deutlich gestiegene Nebenkosten und Energiepreise.

Für Menschen mit Kindern und geringerem bis durchschnittlichem Einkommen ist die Situation auf dem Wohnungsmarkt in den größeren Städten häufig aussichtslos. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus wurde praktisch eingestellt. Immer mehr Sozialwohnungen fallen aus der Sozialbindung und werden verkauft.

Verkäufe und Börsengänge fördern nur die maximale Kapitalerwirtschaftung und öffnen so genannten „Heuschrecken“ Tür und Tor, aber keinen sozialen Wohnraum.

DIE LINKE. ist...

- für den Erhalt von kommunalem Wohnungsbesitz, um einen Beitrag für ausreichenden bezahlbaren Wohnraum anzubieten. Mietnebenkosten müssen begrenzt, ihre Abrechnung transparent sein.
- gegen den Verkauf von Wohnungsgesellschaften und gegen Privatisierung der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG).
- für einen Neueinstieg in den sozialen Wohnungsbau mit Schwerpunkt der Berücksichtigung von Familien. Genossenschaftliche Mieter- und Wohnungsbau- modelle sind finanziell zu fördern.

Keine Privatisierung der Deutschen Bahn

Wir sind gegen die von der Bundesregierung beabsichtigte Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG und sagen NEIN zu jeder Form von Privatisierung, Ausverkauf und Zerschlagung, wie Börsengang.

Die daraus folgenden Reformen wären Arbeitsplatzverluste und Streckenstilllegungen zur Gewinnmaximierung. Qualität und Service bleiben auf der Strecke. Eine Wiederholung der negativen Erfahrungen wie bei der Post, der Telekom usw. darf es hier nicht geben.

Als Rückgrat eines umweltfreundlichen und leistungsfähigen Verkehrssystems für Personen und Güter muss die Bahn in öffentlichem Eigentum erhalten, ausgebaut und modernisiert werden.

DIE LINKE. fordert...

- keine Privatisierung bez. Teilprivatisierung der Deutschen Bahn. Privatisierung ist Diebstahl am Eigentum der Bürgerinnen und Bürger.

Änderung der Ladenöffnungszeiten

Die weitgehende Freigabe der Ladenöffnungszeiten hat weder zur Erhöhung der Umsätze im Einzelhandel geführt noch die Zahl der Arbeitsplätze erhöht.

Das Gegenteil ist der Fall. Die längeren Ladenöffnungszeiten verdrängten kleinere Geschäfte zugunsten der Handelskonzerne. Stammpersonal wurde durch billigere Arbeitskräfte (Minijobs) ersetzt. Überwiegend Frauen mit Familien arbeiten im Einzelhandel und sind durch die ungünstigen Arbeitszeiten stark beeinträchtigt.

DIE LINKE. fordert...

- Ladenöffnungszeiten wieder zu reduzieren und die Sonntags-Öffnung abzuschaffen.

DIE LINKE.

Für die Förderung von Kultur, Medien und Sport.

Aushängeschild für lebendige Kommunen

Die LINKE. will, dass sowohl die in den Auseinandersetzungen um Arbeit, Lohn und Leben gewachsene Solidarisierung der Menschen als auch die Alltagskultur insgesamt einen hohen Stellenwert einnimmt. Sie tritt deshalb ein für den unbeschränkten Zugang **aller** Menschen zu kulturellen Angeboten. Niemand darf hier aus ökonomischen Gründen, etwa, weil er in prekären Verhältnissen lebt, ausgeschlossen werden. Kulturpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik. Kulturförderung muss, obwohl Kultur leider immer noch eine freiwillige Aufgabe der Kommunen ist, angemessen und nachhaltig erfolgen. Die Kulturschaffenden sind zu fördern.

Kunst, insbesondere die freie Kunstszene, ist gleichwertig zu etablieren und öffentlich zu fördern. Die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten, Ateliers, Ausstellungsmöglichkeiten, Stipendien, Katalog- und Veröffentlichungshilfen sind notwendiger Bestandteil öffentlicher Kulturpolitik.

Wie die Volkshochschulen müssen auch Stadt- und Stadtteilbibliotheken als kulturelle Pflichtaufgabe der Kommunen gesetzlich abgesichert werden und eine Grundversorgung mit kostenlosen Zugängen zum Internet ist zu sichern.

Die LINKE. setzt sich für die Förderung antirassistischer und interkultureller Kultur- und Bildungsangebote mit dem Ziel ein, Respekt, Toleranz und Vielfalt zu fördern. Kulturelle Institutionen und Aktivitäten tragen zur kulturellen Bildung besonders von Kindern und Jugendlichen bei. Sie bieten Chancen zum kennen lernen und zur kritischen Weiterentwicklung kultureller Zugehörigkeiten.

Kunst und Kultur haben an Lebensqualität, Identität, Integration, Bildung und wirtschaftlichem Wachstum in einer Kommune entscheidenden Anteil und sind somit ein unverzichtbarer Gesellschafts- und Standortfaktor.

DIE LINKE. fordert ...

- statt Förderung von Prestigeveranstaltungen mehr Mittel für Laienkultur.
- den Erhalt und Ausbau von Bibliotheken, Artotheken, Ludotheken, Musikschulen, Museen, Archiven sowie weiterer Kultureinrichtungen und Kulturangebote.
- die Förderung von in den Kommunen lokal und regional agierenden Künstlergruppen und Künstlern.
- die Wiederinbetriebnahme des Bücherbusses.
- die Förderung der Kinder- und Jugendkultur.
- die Erweiterung des Angebots der Volkshochschulen und der Familienbildungsstätten.

- die Schaffung rechtlich abgesicherter Beschäftigungsverhältnisse für VHS-Kursleiter.
- konkrete schulische Projekte wie ‚Jedem Kind ein Instrument‘ oder ‚Künstler an die Schule‘. Diese sollen langfristig für alle Kinder kostenfrei zugänglich und interkulturell offen angelegt sein.
- unentgeltlichen Zugang zu allen öffentlichen Kulturangeboten für Sozial- und Arbeitslosengeldempfänger.
- Mindeststandards und Mindesthonorare für freiberuflich und künstlerisch Tätige festzulegen und Umsetzung des Urhebervertragsrechts.
- eine bundesweite Initiative, um das Künstlersozialversicherungsgesetz, z.B. Krankengeld und Altersabsicherung, zu verbessern.

Für die Förderung des Breitensports

Sport spielt eine wichtige Rolle für die menschliche Gesellschaft bei der Vorbeugung von Krankheiten, der Gesundung und der Vorsorge für ein längeres und gesünderes Leben. Sport in der Schule fördert die Bewegung und das Miteinander und sorgt für Ausgleich.

Allen Kindern, Jugendlichen und auch Erwachsenen ist die Chance zu geben, Sport in Gemeinschaft betreiben zu können. Denn es ist eine soziale Aufgabe, Menschen zu verbinden, Integration zu fördern und somit Konfliktpotenzial schon im Vorfeld zu unterbinden.

Seit Jahren werden aber dem Sport die Mittel gekürzt. Dies führt in den Vereinen zu immensen Schwierigkeiten. Die Kosten für Sportstätten werden den Vereinen aufgebürdet, frei werdende Stellen können nicht mehr adäquat besetzt werden!

Die Schließung von Turnhallen und Sportplätzen und der Abbau von städtischen Bediensteten führen auf Dauer zum Verlust von Sportstätten und Freizeitgestaltung. (Konkrete Beispiele sind das Sportzentrum Hemberg in Iserlohn, die Lennehalle in Nachrodt, der Sportplatz des VFR Lasbeck in Letmathe oder auch die Schließung der Sportanlage des FC Oese in Hemer.)

Hallenzeiten für Kinder und Jugendsportvereine sind kaum noch verfügbar und werden für Erwachsene nicht mehr genehmigt.

Den Vereinen entstehen Kosten, die auf alle Mitglieder umgelegt werden. Steigende Mitgliedsbeiträge zwingen immer mehr Familien - vor allem aus sozial benachteiligten Familien - dazu, ihren Kindern den Lieblingssport zu versagen.

Zusätzliche Mittel stellen weder Jugend- noch Sozialamt zur Verfügung.

Hier gilt es endlich gegenzusteuern.

DIE LINKE. fordert ...

- Finanzierung und Erhaltung von Sporthallen und Sportanlagen, die insgesamt dem Gemeinwohl dienen. Damit diese auch zusätzlich von Schulen genutzt werden können, müssen sie in gutem Zustand gehalten werden.
- Platzwarttätigkeiten an den zentralen Sportstätten in Fachhand. Die Kommunen sollen endlich aufhören, hierfür 1-Euro-Kräfte zu missbrauchen.
- Förderung des Breitensports und ganz besonders des Jugend- und Schulsports.
- kostenfreie Nutzung aller städtischen Sportanlagen und Sporteinrichtungen.
- Unterstützung des Vereinssports durch finanzielle Entlastung.
- ergänzende städtische Angebote zur Förderung des Alterssports.

Für Medienvielfalt und freien, demokratischen Zugang

Medien interpretieren und verändern die Welt – und dabei auch sich selbst. Wer sie besitzt, kann Politik kontrollieren. Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, Film, Radio, Fernsehen und das Internet sind die Massenmedien der Gegenwart.

Information, Kommunikation und Unterhaltung sind jedoch nicht nur Waren, und Medienpolitik ist nicht nur Wirtschaftspolitik. Sie prägen die Kultur und sind eine Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Die fortschreitenden Kommerzialisierungstendenzen werden begleitet und geprägt von den Bedingungen einer anhaltenden Medienkonzentration.

Finanzinvestoren bemächtigen sich in immer größerem Ausmaße des Medien- und Pressesektors. Erhöhter Druck zur Rentabilität zeitigt im Ergebnis eine weitere Verflachung und Kommerzialisierung der Berichterstattung.

DIE LINKE. fordert ...

- den Erhalt der Vielfalt der Presse. Demokratie braucht öffentliche Diskussionsmöglichkeiten.
- die Unabhängigkeit von Informationsangeboten vor Verlegerdiktaten oder Werbeeinnahmen.
- Den Schutz der Beschäftigten in den Medien vor Prekarisierung (freie Mitarbeit, Praktika statt Arbeitsvertrag usw.)

DIE LINKE.

Sozialer und ökologischer Umbau statt Kapitaldominanz

Umverteilung von oben nach unten

Diese Politik war und ist sozial ungerecht und wirtschaftlich unverantwortlich. SPD, CDU, FDP und GRÜNE haben die Umverteilung von unten nach oben massiv gefördert. Dadurch wurde die Massenkaukraft gesenkt, der Reichtum von einigen Wenigen vergrößert und spekulative Börsenblasen gefördert. Die von der Großen Koalition erhöhte Mehrwertsteuer muss zur Steigerung der Binnenkaukraft wieder gesenkt werden.

Umsteuern ist angesagt! Unser Land kann und darf sich die Steuerfreiheit für große Vermögen nicht leisten.

Die zunehmende Privatisierung der bisher kollektiv-solidarisch gestalteten und überwiegend paritätisch finanzierten Systeme sozialer Sicherung lehnen wir ab. Dadurch, dass sich die ArbeitnehmerInnen privat absichern und Eigenvorsorge betreiben, entfallen immer mehr Arbeitgeberbeiträge und Sozialleistungen. Das hat mit Sozialstaat nichts mehr zu tun. Eine Sozialpolitik, die ihrem Namen gerecht wird ist nicht nur möglich, sondern längst überfällig!

Um ein selbstbestimmtes Leben und sinnvolle, sozial gestaltete Arbeit für alle zu ermöglichen, ist ein grundsätzlicher **Kurswechsel** in der Wirtschaftspolitik unumgänglich. Die Landesverfassung NRW (Art. 24, 1) stellt das Wohl des Menschen in den Mittelpunkt des Wirtschaftslebens.

Dafür setzen wir uns ein ...

- Mehrwertsteuersenkung zur Steigerung der Binnenkaukraft.
- Sofortprogramm gegen Armut.
- ein Sozialversicherungssystem, das von allen getragen wird.

Für eine soziale und ökologische Industriepolitik

Wir setzen uns für eine innovative, soziale und ökologische Industriepolitik ein.

Der Schlüssel liegt in innovativen Produkten in den Bereichen Medizintechnik, energieeffizientem Wohnen und Heizen, Ressourcen schonender Produktion und Produkten, der Entwicklung neuer Motoren für Kraftfahrzeuge und Werkstoffe, dem verstärkten Einsatz natürlicher und nachwachsender Rohstoffe.

Dadurch entstehen auch Arbeitsplätze im Dienstleistungs- und in anderen Wirtschaftsbereichen. Dabei soll mit den Gewerkschaften, Arbeitgeber-, Umweltverbänden und Kommunen zusammengearbeitet werden.

DIE LINKE. fordert...

- Sicherung der Arbeitsplätze und Förderung neuer Angebote in innovativen Industrien.
- Förderung von Industrien zur Aufarbeitung und Verwertung von Reststoffen zu neuen Produkten.
- Konzentration und Förderung von Entwicklungs- und Forschungsprojekten.

DIE LINKE.

Klima und Umwelt schützen, Verkehr sozial gestalten

Für den ökologischen Umbau der Energieversorgung

Der Einsatz für eine lebenswerte Umwelt, der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen sowie eine ökologische, nachhaltige und gerechte Nutzung der Ressourcen sind untrennbar mit der sozialen Gestaltung unserer Gesellschaft verknüpft. Mensch, Tier und Natur haben absoluten Vorrang vor Profit und Gier! Deshalb sind für uns Ökologie, Natur- und Umweltschutz Teil einer sozialen und solidarischen Gesellschaft.

Eine zentrale Aufgabe für die Zukunft wird es sein, sich dem Besorgnis erregenden Klimawandel entgegenzustellen. Z. B. sind sämtliche Planungsmaßnahmen, Raumordnung, Stadtentwicklung, Landschaftsschutz unter Klimavorbehalt zu stellen.

Vorrangig ist für uns eine Wende in der Energiepolitik hin zu dezentralen Strukturen, die Überführung der Energiekonzerne in öffentliche Hand und ihre demokratische Kontrolle.

Die verfehlte Umweltpolitik ist durch die Interessen der Großkonzerne, ihrer Lobbyverbände und der Vermögenden geprägt worden.

In den Politikfeldern der Umwelt-, Energie-, Chemie-, Landwirtschafts-, Abfall- und Wasserwirtschaftspolitik sowie in der Verkehrspolitik wurden die Weichen falsch gestellt.

Die Preise steigen, die Ressourcen werden ausgebeutet und die Versorgungssicherheit ist nicht gewährleistet.

DIE LINKE. fordert ...

- die weitere Modernisierung und Sanierung von Wohnanlagen und Eigenheimen mit einer dezentralen erneuerbaren Energieversorgung, um umfassende Freiräume für eine kommunale Versorgung herzustellen.
- die Förderung der Wärmeisolierung und energiesparender Technologien. Das schafft zahlreiche neue Arbeitsplätze, vor allem in der Bau-, Metall- und Elektroindustrie sowie im Handwerk (Solardächer, Wärmedämmung, Null-Energie-Häuser).
- dass bei Neubauten vorerst mindestens 10 Prozent der Wärmeenergie aus erneuerbaren Rohstoffen stammen müssen.

- dass den ökologischen Zukunftsfragen ein zentraler Platz im Schulunterricht, an den Hochschulen und in der Weiterbildung einzuräumen ist
- einkommensarmen Teilen der Bevölkerung Energiesparhilfen zu gewähren.
- die Erstellung öffentlich transparenter Daten über die Umweltbelastungen von Unternehmen und Kommunen.
- Umweltschutzauflagen für kommunale Bauvorhaben. Die Investitionstätigkeit der Kommunen ist zu koordinieren und voranzutreiben. In öffentlichen Gebäuden müssen regenerative Energieträger eingesetzt werden.
- anstelle von fossilen Brennstoffen den verstärkten Einsatz von regenerativen Energieträgern, um klimaschädliche CO₂-Emissionen zu senken. Wir setzen auf massive Förderung regenerativer Energien wie Solar-, Wind- und Wasserenergie sowie Geothermie und Biogas.
- den beschleunigten Ausbau regenerativer Energieerzeugung und dezentraler Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung anstelle von Großkraftwerken.
- eine weitere Modernisierung von Kläranlagen sowie eine wirksame Kontrolle der Abwässer.
- keine fortschreitende Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge sondern Erhalt und Verstärkung der Gemeinwohlorientierung. Die privatwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Strom und Wasser steht einer verantwortlichen Nutzung natürlicher Ressourcen entgegen.
- den Fortbestand und Ausbau kommunaler Energieversorgung. Rückführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum.
- die Aufrechterhaltung des Prinzips der Querfinanzierung zur Stabilisierung des Preisniveaus
- das Recht auf wirtschaftliche Betätigung der Kommunen, statt einer immer weiteren Einschränkung.
- dass die Entsorgung und eine von der öffentlichen Hand geförderte Reduzierung von Verpackungsmaterial auf eine fortentwickelte Recyclingtechnik umgestellt werden. Ressourcenschutz hat Vorrang vor „Wegwerfkultur“.

Für eine soziale und ökologische Verkehrspolitik

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Nur Mobilität für alle – in umweltpolitischer Verantwortung und zu akzeptablen Preisen – kann das Ziel sein und dies kann nur durch eine neue Verkehrspolitik erreicht werden.

Als Konsequenz der Globalisierung wird immer mehr Güterverkehr auf die Straßen gebracht. Dem müssen wir entgegen wirken, denn der auf fossilen Brennstoffen basierende Verkehr, insbesondere auch der Individualverkehr, führt zugleich zu Umweltproblemen wie Belastung durch Feinstäube, Emission von Treibhausgasen oder Verkehrslärm. Deshalb tritt DIE LINKE. für den Vorrang des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und die Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs sowohl in Städten als auch im ländlichen Bereich ein.

Durch die Kürzung der Regionalisierungsmittel werden im Schienenverkehr wichtige Verkehrsprojekte verschoben und Bahnstrecken stillgelegt.

Der öffentliche Personennahverkehr ist auch Arbeitsplatz für Tausende von Menschen im Märkischen Kreis. Gerade diese Menschen haben in den vergangenen Jahren erleben müssen, wie die neoliberale Politik ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen massiv verschlechtert hat. Die Beschäftigten kämpfen um ihr Auskommen und ihre Arbeitsplätze. Dieser Kampf kann aber nur gewonnen werden, wenn sich die politischen Rahmenbedingungen ändern. Wir treten ein für ein Tarifreuegesetz, welches alle Verkehrsunternehmen verpflichtet, einen Tarifvertrag anzuwenden.

DIE LINKE. fordert ...

- statt der Privatisierung der Bahn eine DB in öffentlichem Eigentum und mit erweiterten demokratischen Einflussmöglichkeiten.
- den Stopp von Streckenstilllegungen der Deutschen Bahn. Das betrifft insbesondere die Strecke Hemer-Menden-Fröndenberg-Unna. Die beabsichtigte Wiederaufnahme der Strecke Brügge-Meinerzhagen-Gummersbach-Köln ist zu beschleunigen und die Anbindung Kierspe einzubeziehen.
- den Ausbau des Schienengüterverkehrs zur Verlagerung des Güterverkehrs von Straßen hin zur Schiene. Die örtliche Stückgutabfertigung auf Güterbahnhöfen muss wieder hergestellt werden.
- die Förderung öffentlicher Verkehrsanbindung an die regionalen Wirtschaftsräume zur Vermeidung von unsinnigen bzw. vermeidbaren Transportfahrten.
- die verstärkte Förderung und Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs zu einem umfassenden Mobilitätsangebot für die Nutzung im Berufsverkehr und in der Freizeit.
- die Deregulierung und Privatisierung im ÖPNV zu stoppen und rückgängig zu machen.
- als Sofortmaßnahme die Einführung eines flächendeckenden preiswerten Nahverkehrstickets in Verbindung mit einem Sozialticket für den Märkischen Kreis.
- innerörtlich und regional die Entwicklung effektiverer Logistikkonzepte (Strategie der kurzen Wege), die verkehrliche Zersplitterung und Umweltbelastungen vermeiden helfen.
- die Ablehnung des beabsichtigten Ausbaus der Bundesautobahn „Sauerlandlinie“ A 45
- die Verminderung des Treibstoff- bzw. Energieverbrauchs für alle Verkehrsträger. Die günstigsten fahrzeugtechnischen Alternativen sind auszuloten (z.B. städtischer Fuhrpark).
- die Förderung von Forschung und Entwicklung alternativer Antriebssysteme für Pkw, Lkw, Busse und Motorräder.
- ein Fahrverbot in den Zentren der Innenstädte (ausgenommen Taxis, Busse und Kraftfahrzeuge von Schwerbehinderten mit dem Merkzeichen AG im Ausweis sowie Anlieferung u. Ablieferung).
- die Förderung eines umweltfreundlichen Individualverkehrs (z.B. Radverkehr), bei dem ausschließlich regenerative Energien genutzt werden.

Für ökologischen Landbau und gegen Gentechnik

Biologisch-dynamischer Ackerbau nach den Richtlinien der Öko-Anbau-Verbände sowie biologisch dynamischer Waldbau sind zu fördern. Der Anbau von genmanipulierten Pflanzen und Hybridtechnik ist zu verhindern. Keinen Monokulturanbau um Biogasanlagen zu betreiben oder Biodiesel zu erzeugen

Der ökologische Landbau trägt zum Gewässerschutz bei, erzeugt weniger Treibhausgase und ist in der Lage, diese zu binden, erhält die Artenvielfalt und bewahrt die kleinteilige, reich strukturierte Kulturlandschaft. DIE LINKE. setzt sich für eine soziale und ökologische, also nachhaltige Landwirtschaft ein, die regionale Wertschöpfung befördert, Existenz sichernde Arbeitsplätze schafft und im Sinne einer gerechteren Welthandelsordnung agiert.

Preise für konventionell erzeugte Lebensmittel müssen die Kosten für die Beseitigung der Folgen ihrer Herstellung enthalten (z.B. Trinkwasseraufbereitung, Hochwasserschutz u.a.), dann wären biologische Lebensmittel heute schon billiger als konventionell erzeugte.

Die für die Landwirtschaft gezahlten Subventionen sind völlig undurchsichtig verteilt. Es gibt nur drei vermittelbare Gründe, die Landwirtschaft zu subventionieren.

Einmal die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Die jetzige Form bewirkt genau das Gegenteil, nämlich Rationalisierung sprich Arbeitsplatzabbau und Großkonzernbewirtschaftung. Zum zweiten die Förderung des ökologischen Nahrungsanbaus und drittens die Vermeidung von Abhängigkeiten durch den Import von Nahrungsmitteln.

DIE LINKE. fordert ...

- die Stärkung des ökologischen Landbaus.
- eine schrittweise Hinführung aller landwirtschaftlichen Betriebe zu umweltverträglicheren Produktionsformen.
- die regionale Vermarktung von Agrarprodukten.
- die sofortige Umsetzung der EU-Richtlinie zur Einführung der Transparenz über die ausgezahlten Fördermittel in der Landwirtschaft.
- die Einbeziehung von Folgekosten des Einsatzes von Kunstdünger und chemischen Pflanzenschutzmitteln in die Preise für konventionelle Lebensmittel.
- die Eingliederung der bisher selbstständigen Sozialversicherung für Landwirte in die gesetzliche Sozialversicherung.
- die Verhinderung von Anbauflächen mit gentechnisch verändertem Saatgut.
- den Stopp des Ausbaus von Anbauflächen für Agro-Kraftstoffe, da dieses zulasten der Lebensmittelproduktion geht.
- die Unterstützung der regionalen Herstellung und Vermarktung von Produkten. Dadurch werden Transporte und Umweltbelastungen vermieden, ebenso wird die regionale Wertschöpfung gesteigert.

Wald- und Forstwirtschaft als Ressourcenschutz

Für den Schutz von Wasser, Luft und Boden haben die heimischen Wälder eine herausragende Bedeutung. Jedoch ist ihr Zustand besorgniserregend. DIE LINKE. tritt für die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder, orientiert an den Leitlinien des ökologischen Waldbaus, ein.

DIE LINKE. ist...

- gegen eine rein betriebswirtschaftliche Orientierung des Waldbaus, denn dadurch werden unsere Lebensgrundlagen gefährdet. Es besteht die Gefahr, dass große Investoren längerfristig profitable Geschäfte auf Kosten einer nachhaltigen Forstwirtschaft machen wollen.
- gegen eine mögliche Privatisierungen von Staats- und Kommunalwald.
- für die Ausrüstung der Kläranlagen mit einer Nachklärstufe zur Abtötung von Bakterien zur Verbesserung der Wasserqualität unserer Flüsse und Bäche, um Badewasserqualität zu erreichen.

Tierschutz

Tiere sind in unserer Gesellschaft als »Produktionsfaktor« der Ausbeutung durch die Wirtschaft und die Wissenschaft hilflos ausgesetzt. Tierschutz darf nicht mehr unter dem Vorbehalt wirtschaftlicher Interessen betrachtet werden.

DIE LINKE. fordert ...

- die Artenvielfalt zu erhalten und die regionale Vermarktung voranzutreiben.
- der Massentierhaltung zur industriellen Fleischproduktion entgegenzutreten.
- die artengerechte Tierhaltung.
- Tierversuche, insbesondere zum Test kosmetischer Produkte, zu verbieten.

DIE LINKE.

Steht für den Ausbau demokratischer Beteiligung

Politik mit den Menschen – Aktive Demokratie verwirklichen

Wir machen keine Stellvertreterpolitik, sondern Politik mit und für die Menschen. Wir setzen auf Transparenz, Mobilisierung und Beteiligung der Bevölkerung und unterstützen alle, die sich für eine solidarische, sozial gerechte und friedliche Politik einsetzen. Innerhalb und außerhalb des Parlaments kämpfen wir für den Erhalt und die Erneuerung des Sozialstaates als Bestandteil einer sozialen Bewegung.

Fragen, Anregungen und Wünsche, die von BürgerInnen an uns herangetragen werden und in der Zuständigkeit des Landes oder des Bundes liegen, werden weitergegeben an die zuständigen Ebenen der Partei DIE LINKE. bzw. an die Parlamentarier (MdL's/MdB's)

Eine menschlichere Gesellschaft kann nur von den Menschen selbst ausgehen. Sie muss von der breiten Mehrheit gewollt, getragen und gestaltet werden.

Die Einschränkung von Freiheitsrechten, Privatsphäre und Datenschutz schafft nicht mehr Sicherheit, sondern ist längst eine viel größere Bedrohung für die Demokratie als Terrorismus und Kriminalität. Demgegenüber hat DIE LINKE. auch in der Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Geschichte erkannt, dass die freie Entwicklung jedes Einzelnen die Voraussetzung für die Freiheit aller Menschen ist.

DIE LINKE. fordert ...

- wichtige Entscheidungen gehören in öffentliche Sitzungen des Rates statt in nichtöffentliche Sitzungen von Ausschüssen und Verwaltungsräten.
- die Einrichtung von Stadteilkonferenzen mit Entscheidungskompetenzen und eigenen Haushaltsmitteln. Dazu gehören bedarfsgerechte Einzelhandelskonzepte.
- öffentliche demokratische Entscheidung über Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung statt Geheimverhandlungen in Kammern, wo hauptsächlich die Nutznießer mitreden.
- die Durchführung von Bürgerbefragungen bei wichtigen politischen Themen.
- die direkte Beteiligung der Bürger an der Gestaltung der kommunalen Haushalte direkt zu beteiligen (Bürgerhaushalte).
- dass junge Menschen mehr Mitspracherechte haben, insbesondere bei jugendpolitischen Fragen. Denn es reicht nicht immer zu sagen, die Jugend sei die Zukunft der Gesellschaft, dem müssen auch konkrete Taten folgen.
- die finanzielle und logistische Unterstützung der Arbeit von Initiativen, Selbsthilfegruppen, Vereinen und Verbänden.
- den Ausbau und die Finanzierung von Beratungs- und Betreuungsangeboten für Erwerbslose-Hartz IV Betroffene und Menschen, die trotz Arbeit auf Unterstützungsleistungen angewiesen sind.
- eine Antidiskriminierungspolitik, die der Diskriminierung von Menschen unterschiedlicher Hautfarbe, Herkunft, Religion oder von Menschen mit anderer sexueller Orientierung (wie lesbisch, schwul, bisexuell, transgender) entgegenwirkt.
- Datenschutz und Sicherung der Privatsphäre.
- Zu verhindern, dass Neonazis in Gemeinden und Stadtteilen ihre Strukturen aufbauen.

Volksbegehren und Volksentscheid

Die demokratische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen über die Belange der Allgemeinheit ist für uns ein Eckpfeiler einer anderen Politik. Mehr direkte Demokratie erweitert die Möglichkeit, die Motivation und die Bereitschaft zur Mitgestaltung unserer Gesellschaft.

DIE LINKE. tritt deshalb ein für ...

- die Senkung der Unterschriftenzahl auf 3.000 Unterschriften für einen Antrag auf Volksbegehren.
- die Senkung des Unterschriftenquorums zur Einleitung eines Volksbegehrens von 20 Prozent auf 4 Prozent der Wahlberechtigten.
- die Verlängerung der Frist zur Sammlung der Unterschriften auf 8 Monate.
- die Kostenfreiheit von der Beglaubigung der Unterschriften durch jede Dienstsiegel führende Stelle.

DIE LINKE. ist eine konsequente Friedenspartei

Für eine konsequente Friedenspolitik

Gemeinsam mit der Friedensbewegung wenden wir uns gegen Kriegsbeteiligung und Auslandseinsätze. Wir lehnen In- und Auslandseinsätze der Bundeswehr ab. Der so genannte "Krieg gegen den Terror" bringt das Gegenteil von Frieden und Sicherheit. Wir betrachten Rüstungsprodukte nicht als Wirtschaftsgüter, sondern als Instrumente zum Töten von Menschen. Deutschland muss ein Land werden, in dem nicht für den Krieg, sondern für den Frieden geforscht und gearbeitet wird. Wir setzen uns für zivile Alternativen zur Rüstungsproduktion ein.

Ein Umdenken hin zu einer Politik des Friedens und der Abrüstung ist unverzichtbar und höchst dringlich. Vorrang müssen politische Krisenprävention, Ursachenbekämpfung, Abrüstung, zivile Konfliktbearbeitung, interkultureller Dialog, Kontrolle der Waffentransfers bis hin zum Einsatz ökonomischer, juristischer und polizeilicher Instrumente haben, und dies im Rahmen verstärkter internationaler Zusammenarbeit.

Wir sind strikt gegen ...

- Krieg! Wir vertreten grundsätzlich ein anderes Sicherheitsverständnis. Alternative Strategie des Friedens muss auf die Beseitigung der Konfliktursachen gerichtet sein.
- die Kürzung erforderlicher Mittel für soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Entwicklung, Recht und demokratische Teilhabe. Wir sind für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung sowie nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen überall auf der Welt.
- Rüstungsexporte, sie müssen eingeschränkt und schließlich vollständig gestoppt werden.
- jede Form der atomaren Teilhabe Deutschlands.
- den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Wir sind überzeugt, dass der Kampf gegen den Terror nicht mit militärischen Mitteln gewonnen werden kann.

DIE LINKE. Finanzierung sicherstellen

Umfassende gesellschaftliche Umgestaltung

Um den finanzpolitischen Spielraum des Landes und der Kommunen für ein umfangreiches Investitionsprogramm zu vergrößern, setzt DIE LINKE. auf die Stärkung der Einnahmenseite. Zusätzliche Arbeitsplätze führen zu höheren Steuereinnahmen und zu Entlastungen bei den Sozialausgaben.

Weiter werden hoheitliche Aufgaben des Bundes und des Landes auf die Kommunen übertragen ohne dafür einen Finanzausgleich zu leisten.

Für diese Schuldenlast gibt es zwei Hauptgründe. Zum einen höhlen Steuergeschenke für Bezieher hoher Einkommen, für Vermögende und für Unternehmen die Staatsfinanzen aus. Zum anderen hat die lang anhaltende hohe Arbeitslosigkeit zu sinkenden Steuereinnahmen und Beiträgen zu den Sozialversicherungssystemen geführt.

DIE LINKE. fordert ...

- die Einstellung und Ausbildung von zusätzlichen Finanzbeamten für die steuerlichen Außenprüfungen (Betriebsprüfungen) und für die Steuerfahndung.
- eine verbesserte Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. Die Steuerhinterziehungen durch Wirtschaftskriminalität beeinträchtigen die Steuereinnahmen beträchtlich.
- eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung von Vermögenssteuer, Börsenumsatzsteuern, die Ausweitung der Erbschaftssteuer und die Stärkung der von den Kommunen erhobenen Gewerbesteuern. Alleine diese Wiedereinführung würde die öffentlichen Haushalte stabilisieren.
- eine Gemeindefinanzreform, die zukünftige Investitionen und die Tätigkeiten der Kommunen sicherstellt und den Schuldenabbau gewährleistet.
- die Rücknahme der Unternehmenssteuerreform Sie kostet NRW mindestens 300 Mio. Euro im Jahr, Geld, das dringend für Investitionen in die Zukunft gebraucht wird.
- die Abschaffung des „Wettbewerb der Regionen“ um Zukunftsprojekte als Grundprinzip der öffentlichen Förderung. Dieser „Wettbewerb“ stellt die Förderung von Regionen bzw. Kommunen mit hoher Arbeitslosigkeit und hoher Armutsquote in Frage und widerspricht dem Grundgesetzgebot der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“.
- dass die entscheidenden Kriterien für die Vergabe von Fördermitteln die regionale Wirtschaftsstruktur und die regionale Situation auf dem Arbeitsmarkt mit den bewährten Verfahren und Instrumenten und konsensorientierten Entscheidungsstrukturen sein müssen.
- dass eine Förderung vieler Kommunen nicht daran scheitern darf, dass sie wegen der Haushaltsnotlage den geforderten Eigenanteil nicht aufbringen können.
- Erhalt bzw. Wiederherstellung des Rechts auf wirtschaftliche Tätigkeit der Kommunen. Die Änderung des § 107 Gemeindeordnung schränkt die Möglichkeiten für kommunale Wirtschaftstätigkeit jenseits des Profitprinzips weiter ein und entmachtet die Stadträte.
- die Abschaffung von Hartz IV. Dadurch können weitere finanzielle Ressourcen für die Kommunen frei werden. Solange Erwerbseinkommen und Erwerbseinkommen (Arbeitslosengeld, Krankengeld, Renten, etc.) nicht ausreichen, davon den Lebensunterhalt für sich und für die Familie zu bestreiten und öffentliche Grundleistungen das Einkommen ergänzen müssen, hat der Bund diese Kosten den Kommunen zu erstatten.
- die Kontrolle der Finanzmärkte und Eindämmung von Spekulationsgeschäften. Das kreditfinanzierte Ausplündern von realen Unternehmen durch sog. Heuschrecken muss durch eine Begrenzung der Kredithöhe erschwert werden. Es muss eine Mindesthaltedauer der aufgekauften Unternehmensanteile angestrebt werden. Durch Einführung einer Börsenumsatzsteuer wird das spekulative Handeln der Finanzindustrie eingeschränkt. Dem **Kasinkapitalismus** auf seiner Suche nach höchsten Profiraten müssen Grenzen gesetzt werden. 95 % aller täglichen Finanztransaktionen sind mittlerweile spekulativ.

**Die LINKE. ist sich bewusst, dass nur eine umfassende gesellschaftliche
Umgestaltung die Vorherrschaft der Kapitalverwertung überwinden wird.**

Stand November 2008

DIE LINKE.

Kreisverband Märkischer Kreis

Glatzer Str. 64, 58509 Lüdenscheid

Sprecher: Josef Filippek

Tel.: 02351 – 7872680 Handy: 0171 – 2656438

